

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Abend-Zeitung. 1949-1951 1950

100 (29.4.1950)



BADISCHE ABEND-ZEITUNG

Schriftleitung, Verlag und Vertrieb: Karlsruhe, Waldstraße 28, Telefon 7150-53 Bankkonten: Badische Bank, Karlsruhe; Badische Kommunale Landesbank, Karlsruhe; Südwestbank, Karlsruhe; Stadt Sparkasse, Karlsruhe Postcheck Verlag AZ Badische Abendzeitung, Karlsruhe, Nr. 19 800

HEIMATZEITUNG
FÜR STADT UND LAND

Erscheint täglich außer Sonntags. Erfüllungsort: Karlsruhe Monatsbezugspreis 2,- DM zuzüglich 40 Pfennig Trägergebühr bei Zustellung ins Haus bzw. 54 Pfennig bei Postzustellung. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Millimeterzeile 25 Pfennig.

2. Jahrgang / Nummer 100

Karlsruhe, Samstag, 29. April 1950

Einzelpreis 15 Pfg.

Heute wird das neue Steuergesetz verkündet

Ein deutsch-alliiertes Kompromiß gefunden

Bonn (dpa). Mit einer Verspätung von 8 Tagen wird am Samstag das neue deutsche Steuergesetz verkündet werden. Dies ist das Resultat sehr mühevoller Verhandlungen, die die Bundesregierung mit den Alliierten in der letzten Woche geführt hat. Am 26. April hatte der Rat der alliierten Hohen Kommission in seiner Sitzung in Berlin das Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz wenige Stunden vor Ablauf der Einspruchsfrist „vorläufig mißbilligt“ und dadurch die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen geschaffen.

Der Hauptwiderstand gegen das Gesetz kam von amerikanischer Seite, da nach Ansicht McCloy's das Gesetz eine unerwünschte Erhöhung des Konsums und infolge etwaiger Defizite in den Haushalten einen höheren Bedarf ausländischer Unterstützung nach sich ziehen könnte. Sir Brian Robertson dagegen

schlug dann in dem Brief, den die Hohe Kommission der Bundesregierung über die Gründe der vorläufigen Ablehnung übermittelte, seinen Niederschlag.

In unterrichteten Kreisen wird die erzielte Einigung als ein echter Kompromiß angesehen. Dies kann als ein Gewinn der deutschen Seite betrachtet werden. Auf der anderen Seite mußte sich die Bundesregierung für künftige Pläne mit der Einkommensteuer festlegen. Die Einigung erschien in dem

Moment gesichert, in dem die ursprünglich angedeuteten alliierten Pläne eines Zwangsparens fallen gelassen wurden.

Der rechnerische Ausfall von rund 500 Millionen Mark wird weitgehend dadurch ausgeglichen, daß in dem Haushaltsjahr 1950/51 durch eine Verschiebung der Steuer-Vorauszahlungstermine 5 Steuerquartalsvorauszahlungen fällig werden. Dadurch ist nach Auffassung der Bundesregierung die Gefahr von Defiziten weitgehend ausgeschaltet. Die Vorlage eines Luxussteuergesetzes durch die Bundesregierung im Bundestag wird in Kürze zu erwarten sein. Die Luxussteuer soll nicht etwa die Steuereinnahmen des Bundes erhöhen, sondern als Mittel der Konsumlenkung dienen.

Beachten Sie bitte in der AZ:

Ein Gedanke entzündete Millionen
Das Vermächtnis eines jungen
Dichters
Alle Filmstars sprechen deutsch

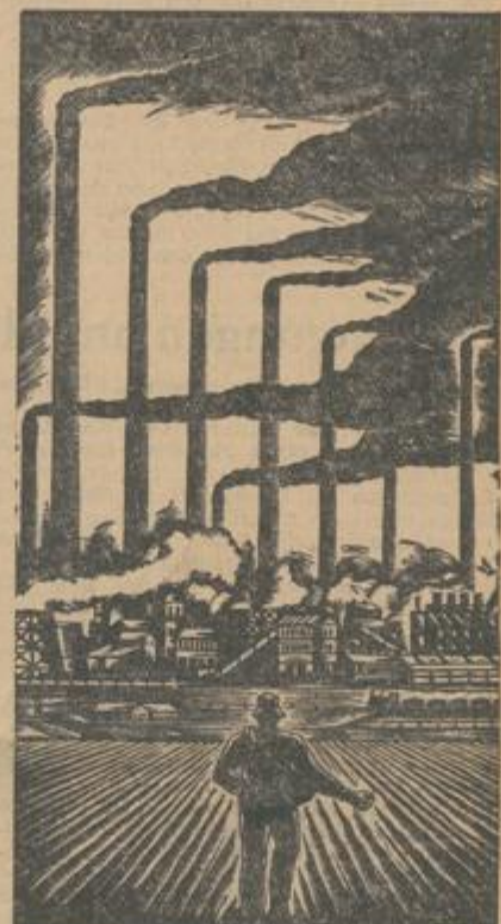
Die nächste Ausgabe der AZ erscheint wegen der Maifeiern am
Dienstag, dem 2. Mai.

Adenauer schlägt Verschmelzung Deutschland - Frankreich - Italien vor

Rom (dpa). Die in Mailand erscheinende katholische Tageszeitung „Italia“ veröffentlicht am Freitag ein Interview ihres Chefredakteurs mit Bundeskanzler Dr. Adenauer. Dr. Adenauer schlägt darin den staatlichen Zusammenschluß Deutschlands, Frankreichs und Italiens vor. Das Interview wurde von fast allen italienischen Tageszeitungen im Auszug übernommen.

Der Bundeskanzler stellt zunächst fest, daß die deutsche Bundesrepublik im Augenblick vor zwei brennenden Problemen stehe: Ernährung und Unterbringung der 10 Millionen Flüchtlinge und Fürsorge für die 1,7 Millionen Arbeitslosen, deren Zahl nicht im gewünschten Rhythmus abnehme. Nach dem Hinweis, daß die Deutschen dem Gedanken einer Europaunion in der von Graf Sforza mehrmals vorgeschlagenen föderativen Form größte Sympathie entgegenbringen, erklärt Dr. Adenauer: „Ich bin der Meinung, daß nur eine vollkommene politische und wirtschaftliche Verschmelzung Frankreichs, Italiens und Deutschlands die Zukunft Europas retten kann. Die drei Länder ergänzen sich aufs beste. Ein ermutigendes praktisches Vorbild haben wir in der Schweizer Eidgenossenschaft, in der Menschen französischer, italie-

nischer und deutscher Sprache so vorteilhaft nebeneinander wirken. Der politische und wirtschaftliche Zusammenschluß Frankreichs, Italiens und Deutschlands zu einem einzigen Staat ist der Schlüssel zur Rettung des christlichen und zivilisierten Europas. Für diese Idee zu arbeiten, heißt nach meiner Überzeugung, für das Europa von morgen zu arbeiten. Einen anderen Weg zur Überwindung der schweren Gefahren, die heute Europas Existenz bedrohen, sehe ich nicht.“



Symphonie der Arbeit

100 Millionen für die Handelsflotte

Darlehen mit 4 Prozent Zinsen

Bonn (dpa). Die Bundesregierung hat am Freitag einen Gesetzentwurf verabschiedet, der Darlehen für den Bau und Erwerb von Handelsschiffen vorsieht. Insgesamt sollen hierfür im Haushalt für 1950/51 einhundert Millionen Mark ausgewiesen werden, davon 60 Millionen im ordentlichen und 40 Millionen im außerordentlichen Haushalt.

Wie ein Regierungssprecher in Bonn erklärte, will die Bundesregierung mit diesem Gesetzentwurf eine großzügige Hilfsaktion für die deutsche Handelsflotte starten. Beim

Bau und Erwerb von Handelsschiffen sollen bis zu 40 Prozent der Baukosten in Form eines Darlehens übernommen werden. Die Zinsen sollen vier Prozent betragen. Das Darlehen soll nur in solchen Jahren getilgt werden, in denen der Schiffseigner einen Überschuß erzielt. In schlechten Jahren soll er nur die Zinslast tragen.

Der Sprecher sagte, daß die Handelsflotte von 4,5 Millionen Bruttoregistertonnen durch die Kriegsverluste auf 1,4 Millionen zurückgegangen ist. Diese Tonnage wurde bis auf 134 000 Tonnen nach Kriegsende beschlagnahmt. Im Laufe der letzten Jahre hat sie sich durch kleine Freigaben — meist alte Küstenschiffe — auf 251 000 Tonnen erhöht.

Tito rechnet nicht mit sowjetischem Angriff

„Graf Sforzas Bedingungen unannehmbar“

Belgrad (dpa). Die Forderung des italienischen Außenministers Graf Sforza nach italienisch-jugoslawischen Verhandlungen auf Grundlage der Rückgabe Triests an Italien hält Marshall Tito für unannehmbar. Triest sei kein Handelsobjekt. Doch erklärte Tito am Freitag bei einer Pressekonferenz, Jugoslawien sei zu Verhandlungen mit Italien „auf einer vernünftigen Grundlage“ bereit. Die jugoslawische Regierung stehe nach wie vor zu der Ende 1946 mit dem Generalsekretär der italienischen KP, Togliatti, getroffenen Vereinbarung, daß Italien die Stadt Görz an Jugoslawien abtreten und dafür Triest erhalten solle. Es sei Sache Italiens, hierzu Vorschläge zu machen.

Tito erläuterte dann seine jüngste Parlamentsklärung über die beabsichtigte Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Athen und sagte, er erhoffe von einem solchen Schritt vor allem eine Lösung der zwischen beiden Ländern schwebenden Verkehrs-Probleme. Die Herstellung einer Eisenbahnverbindung nach der jugoslawischen Freizone im Hafen von Saloniki sei wünschenswert. Zur internationalen Lage erklärte Tito, er rechne nicht mit einem sowjetischen Angriff auf Jugoslawien und glaube auch nicht an eine unmittelbare Kriegsgefahr. Der einzige Weg zur Lösung internationaler Streitigkeiten führe über die UNO. Blockbildungen und Drohungen könnten nur Kriege auslösen. Zum erstenmal seit dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform waren ausländische Korrespondenten in dem ehemaligen Königspalast in der Nähe Belgrads zu einer Pressekonferenz versammelt. Tito erschien in Zivil und antwortete zwei Stunden lang auf die verschiedensten Fragen der Journalisten. Die Unterhaltung wurde durch Vermittlung einer Dolmetscherin auf englisch geführt. Als

aber einmal eine Frage in deutscher Sprache gestellt wurde, antwortete Tito selbst in deutsch. Vertreter der Kominformstaaten nahmen nicht an der Pressekonferenz teil. (Nach Reuter und AFP)

Polnische Partisanen überfallen sowjetische Transitzüge

80 Prozent des Transitverkehrs durch Polen müssen eingestellt werden

Berlin (dpa). Die zunehmende Tätigkeit organisierter Partisanengruppen entlang der polnischen Ost-West-Eisenbahnstrecke hat die Transportabteilung der sowjetischen Kontrollkommission Anfang April veranlaßt, 80 Prozent des Transitverkehrs durch Polen nach der Sowjetunion einzustellen.

Wie am Freitag aus der Generaldirektion der Sowjetzonen-Eisenbahn verlautet, dürfen von 25 Transitzügen, die bisher täglich in Frankfurt/Oder abgefertigt wurden, nur noch sechs die Haupttransitstrecke über Posen-Brest-Litowsk befahren. Die Züge werden durch ein sowjetisches Militärkordon gesichert. Alle anderen Transporte, vornehmlich Reparationsgüter, müssen zur Verschiffung nach den baltischen Sowjetrepubliken über Wismar und Rostock geleitet werden.

die Züge besonders im Raum von Lodz und Kolo von Partisanen überfallen.

Die Umleitung des Reparationsverkehrs nach den Seehäfen Wismar und Rostock belastet die Eisenbahn so, daß wahrscheinlich der Personenverkehr in Mecklenburg eingestellt werden muß.

Joliot-Curie amtsenthoben

Paris (dpa). Der französische Ministerrat beschloß am Freitag, den Kommissar für Atomenergie Joliot-Curie seines Amtes zu entheben. Joliot-Curie ist Kommunist und hatte auf dem letzten Parteitag der französischen Kommunisten erklärt, daß kein fortschrittlich denkender Bürger sein Können für einen Krieg gegen die Sowjetunion zur Verfügung stellen würde. Die Amtsenthebung wird sofort wirksam.

Keine deutsche Beteiligung am Atlantikpakt

Paris (dpa). Der französische Außenminister Robert Schuman erklärte am Freitag vor dem Ministerrat, daß der Einschluß Deutschlands in das Verteidigungssystem des Atlantikpakt „absolut nicht in Frage“ kommt. Schuman gab einen Bericht über die Vorbereitungen zur Westaußenministerkonferenz in London. (Nach Reuter)

Autobusverkehr Amsterdam-Frankfurt

Amsterdam (dpa). Die Niederländischen Eisenbahnen werden ab 15. Mai in Verbindung mit der deutschen Touring-Gesellschaft einen Autobusdienst zwischen Amsterdam und Frankfurt am Main aufnehmen. Wie am Freitag in Utrecht weiter bekanntgegeben wurde, wird die Route über Amersfoort, Arnheim, Nymwegen, Venlo, Kaldenkirchen Düsseldorf, Köln und Königswinter gehen. Die Fahrt soll zwölf Stunden dauern.

Situation in Brüssel völlig festgefahren

Brüssel (dpa). Die Verhandlungen zur Lösung der seit sechs Wochen andauernden belgischen Regierungskrise waren am Freitagabend völlig festgefahren. Ein letzter Versuch des mit der Regierungsbildung beauftragten amtierenden Außenministers Paul van Zeeland (Christlich-Sozial), seinen Parteifreund Jean Duvieusart für die Kabinettsbildung zu gewinnen, scheiterte am Widerstand der Liberalen. Damit scheint nach Ansicht politischer Kreise in Brüssel die Auflösung des Parlaments unvermeidlich geworden zu sein. Van Zeeland gab nach einer vierstündigen Besprechung der Minister des amtierenden Kabinetts Eyskens bekannt, die endgültige Entscheidung liege beim Prinzregenten. Er werde Prinzregent Charles am Samstag Bericht erstatten.

Ein Gedanke entzündete Millionen

Die Idee des 1. Mai führte die Sozialisten aller Welt zusammen / Von Paul Löbe

Wenn auch in diesem Jahre wieder die Fahnen der Mafei über den Köpfen der sozialistischen Demonstranten vieler Länder leuchten, dann repräsentieren sie eine lange Geschichte des Ringens um Achtstundentag, Arbeiterschutz und Völkerfrieden. Denn der Gedanke eines Bundes der Völker, vor allem aber eines Bundes der sozialistischen Arbeiter aller Länder keimt schon in der Frühzeit der proletarischen Bewegung auf. Viele Anläufe sind unternommen worden, um diesen Bund zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Bereits 1846 in Brüssel und 1849 in London traten politische Emigranten und Flüchtlinge aus Frankreich, Deutschland, Belgien und der Schweiz zu internationalen Konferenzen zusammen. Später sind es merkwürdigerweise die ersten „Weltausstellungen“, welche die Arbeiter der einzelnen Länder, die beim Aufbau der Hallen und ihrer Ausstellungsgegenstände helfen, zusammenführten, und ihnen Verbindungen über die Grenzen ihrer Heimatländer nahelegten.

Ein erster förmlicher „Kongreß der Internationale“ trat im Januar 1866 in Genf zusammen, ein zweiter folgte 1867 in Lausanne, ein dritter 1868 in Brüssel, ein vierter 1869 in Basel. Die Bewegung fand eine kurze Unterbrechung durch den deutsch-französischen Krieg und die Pariser Kommune, auch durch den Einbruch der Anarchisten unter Führung des Russen Michael Bakunin in die sozialistischen Reihen. Ein fünfter Kongreß folgte dann 1872 in Haag, der sechste und letzte 1873 in Genf.

Die Geburt der Mafei

Einen beachtlichen Aufschwung erhielt die Bewegung sodann durch den „Internationalen Kongreß der vereinigten Sozialisten und Gewerkschaften“, der vom 14. bis 20. Juli 1889 in Paris zusammentrat. Es waren 223 Franzosen und 181 Delegierte anderer Länder versammelt, darunter 81 Deutsche, 22 Engländer, 14 Belgier, 12 Italiener, 10 Oesterreicher, 6 Russen, Schweizer, Polen und Rumänen, 5 aus den Vereinigten Staaten, 4 aus den Niederlanden, je 3 aus Norwegen und Dänemark, 2 Schweden und Spanier und schließlich je ein Böhme, Bulgare und Finnländer. Das war schon eine umfassende und stattliche Vertretung, welche die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf sich zog.

Dieser Kongreß wurde die Geburtsstätte der Mafei. Der Beschluß ging dahin, daß am 1. Mai die Arbeiter aller Länder demonstrieren sollten für die zwei obengenannten Ziele: Achtstundentag, internationaler Arbeiterschutz und Koalitionsrecht, und zweitens für Völkerfrieden und Abschaffung der stehenden Heere, um die Kriegsgefahren zu vermindern. Ueber die Form der Demonstration wurde zunächst nichts gesagt, man sollte „in der in den einzelnen Ländern möglichen Weise“ den Tag begehen.

Aber die folgenden Kongresse (1891 in Brüssel, 1893 in Zürich) machten es den Arbeitern zur Pflicht, den neuen Festtag möglichst durch Arbeitsruhe zu begehen. Zum ersten Male sollte ein internationaler Feiertag des Proletariats neben die überlieferten religiösen und nationalen Festtage treten.

Der Gedanke entbehrte noch der allgemeinen Verbreitung, aber er zündete in den Reihen der schon überzeugten Sozialisten. Heute ist die Zahl der Ueberlebenden nur noch gering, die schon den 1. Mafeiortag im Jahre 1890 begingen.

Der Schreiber dieser Zeilen stand im ersten Lehrjahr in einer Liegnitzer Druckerei. Er stahl sich am Mittag aus dem Setzsaal, um zu den Feiern in Pfaffendorf zu eilen, die von einem Kranz von Gendarmen zu Fuß und Pferde umzingelt waren. Die Garnison der Stadt war alarmiert, obwohl die Demonstration hier wie überall einen durchaus friedlichen Charakter trug. Soweit Fahnen entfaltet werden konnten, was meist nur in geschlossenen Räumen möglich war, trugen sie die Parolen des Tages „Völkerfreiheit und Achtstundentag“.

Freilich, die Arbeitsruhe setzte sich nur langsam durch. Einzelne gut organisierte Berufe zogen am Morgen geschlossen hinaus. Einzelne Städte mit fester Arbeiterbewegung wagten auch am Tage große Demonstrationen. Im allgemeinen aber mußten die Feiern auf den Nachmittag oder den Abend beschränkt, oder gar auf den ersten Sonntag im Mai verlegt werden.

In Oesterreich und in den Vereinigten Staaten, in denen der Mafei mit alten Gebräuchen zusammenfiel, auch in den skandinavischen Ländern erzwang sich das Proletariat seinen Festtag.

Zu einer allgemeinen Arbeitsruhe kam es in Deutschland aber erst, als nach 1918 der 1. Mai in verschiedenen Ländern als gesetzlicher Feiertag erklärt wurde. Besonders imposant waren die Feiern 1919 nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und der Beendigung des Krieges, von der man sich damals einen dauernden Frieden versprach.

Doch der gesetzlich gesicherte Feiertag raubte dem 1. Mai seinen ursprünglichen Charakter als Demonstrations- und Kampftag. Ein Gesetz, das auch den Kapitalisten, den Reaktionsär zu einer Mafei zwang, war nicht mehr die überlieferte Demonstration. Am schwersten entstellte wurde freilich ihr Sinn durch die sogenannte „Deutsche Mafei“, mit denen der Nationalismus den Gedanken von einst verfälschte.

Eine solche Form hätte die Mafei nur dann annehmen dürfen, wenn wir sie als Siegestag hätten begehen können. Gesiegt hatten zwar einige innerpolitische Parolen, wie der Achtstundentag und der Arbeiterschutz. Unerreicht aber blieb das andere, was sich bald herausstellen sollte, wichtigere Ziel: nämlich Kriegsächtung und Völkerfrieden.

Die Wiederkehr des Krieges, schrecklicher als je zuvor, schlug auch alle innerpolitischen Errungenschaften einer 50jährigen Arbeit nieder, und auch diese Entwicklung



Was anders hat die Mafei geboren und welchen Sinn hat sie, als die Ueberzeugung von der Weltwende, die herbeizuführen der moderne arbeitende Mensch berufen ist? Aber gleich Prometheus, der der Menschheit das Feuer brachte, und darum in Fesseln gelegt wurde, ist der arbeitende Mensch an die Ketten einer Gesellschaftsordnung gebunden, die er sprengen muß, soll er das Dichterwort erfüllen, ein freier Mensch auf freier Erde zu sein.

Noch weit vom Frieden entfernt

Seit rund sechzig Jahren feiert die organisierte Arbeiterschaft der Welt den 1. Mai. Das Lebenswerk von zwei Generationen hat in vielen Ländern die Stellung der arbeitenden Menschen in Politik und Wirtschaft wesentlich verbessert, aber wir sind von der Erfüllung der alten Mafeiorderungen noch weit entfernt.

Politische Freiheit, soziale Sicherheit und Frieden umschließen für uns heute den Hauptinhalt unseres Kampfes für ein neues Deutschland in einem neuen Europa.

Die Rechte des Bundes und seiner verfassungsmäßigen Institutionen sind beschränkt durch die Bestimmungen des Besatzungsstatuts, die den Besatzungsmächten wichtige Funktionen auf dem Gebiet der Verwaltung Deutschlands vorbehalten. Vor allem aber: In der russisch besetzten Zone Deutschlands leben 18 Millionen Deutsche, die auf alle Rechte demokratischen Lebens verzichten müssen. Sie leben unter einer neuen Diktatur, das heißt, daß weder ihre persönliche Sicherheit und Freiheit noch ihre politischen Rechte gesichert sind.

Die Forderung nach persönlicher und politischer Freiheit ist daher im Jahre 1950 eine der dringendsten und aktuellsten Mafeiorderungen. Nur die Einheit Deutschlands in Freiheit kann für die deutsche Sozialdemokratie die Erfüllung der Freiheitsforderung des 1. Mai bedeuten.

Das Problem der sozialen Sicherheit ist in dem letzten Jahr vielen Menschen im Gebiet der Bundesrepublik klargeworden, die unseren Kampf gegen die Preiberater in der Wirtschaft wie sie die Regierung Adenauer betreibt, zunächst als propagandistische Uebertreibung betrachteten. Heute stehen wir vor den Segnungen der „sozialen Marktwirtschaft“. Fast zwei Millionen Arbeitslose sprechen eine hereditäre Sprache.

Die Folgen der Hitlerdiktatur und ihres Krieges sind nicht durch ein Wunder aus der Welt zu schaffen.

wurde um mehr als ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen.

Auch in den internationalen Beziehungen der Sozialisten trat eine tiefe Trübung ein, sie sind auch heute noch nicht wieder in alter Klarheit hergestellt.

Ein erster internationaler Sozialistenkongreß nach dieser Zeit hätte vielleicht die historisch wichtige Aufgabe, den Gedanken des Mafifestes mit neuen Parolen und einem neuen Glanz zu umkleiden.

So beging Europa vor 60 Jahren den 1. Mai

In diesen Tagen vor 60 Jahren glichen die europäischen Hauptstädte brodelnden Hexenkesseln. Was war die Ursache? Ein internationaler Kongreß hatte 1889 in Paris beschlossen, den 1. Mai künftig als den Tag der Arbeit zu feiern.

Als nun 1890 der 1. Mai nahte, wurden die europäischen Regierungen nervös. Seit 1848 hatte man nicht mehr so viel von Revolution gesprochen wie in Erwartung der ersten Maidemonstrationen.

Wenn man die europäischen Zeitungen jener Tage durchblättert, staunt man über die Bescheidenheit ihrer Forderungen. Als höchstes Ziel schwebte damals der Arbeiterschaft der ganzen Welt der Acht-Stunden-Tag vor. In den Resolutions, die für die Mafei vorbereitet wurden, war keine Rede von Sozialismus oder auch nur von Verstaatlichung und schon gar nicht von der Diktatur des Proletariats.

Es hatte bereits Streiks für einen kürzeren Arbeitstag gegeben: in Wien, London, Valencia, New York und Chicago. Sie waren meist erfolglos verlaufen. Die Stimmung der arbeitenden Massen war eher für eine Aenderung als für eine Abschaffung der Ausbeutung. Aber in jenen Tagen schien die bloße Forderung des Acht-Stunden-Tages eine Gesellschaftsordnung zu erschüttern, die den herrschenden Klassen eine göttlich verordnete und dauernde Unterteilung in Wohlhabende und Arme bedeutete. Jeder Versuch, dies zu ändern, war in ihren Augen ein Schritt zur Anarchie und gab ihnen nach ihrer Meinung das Recht, die bewaffnete Macht zum Schutze ihrer Privilegien anzurufen.

Das war der Grund, warum Europas Hauptstädte am Vorabend des 1. Mai 1890 zu Heerlagern wurden. Die Straßen ballten wider vom Schritt der Grenadiere und vom Hutgeklapper der Kavallerie. Alle Welt konnte sehen, daß die Regierungen darauf vorbereitet waren, der Herausforderung „internationaler Anarchie“ zu begegnen.

Kaiser Wilhelm II war nach Berlin zurückgekehrt, als die rote Woge anbrannte. Amtlich wurde mitgeteilt, daß die Geheimpolizei von dem Plan eines allgemeinen Staatsstreiches der Sozialdemokraten erfahren habe. Deshalb habe sich die Bereitwilligkeit des Monarchen den Leuten äußerste Freiheit zu gestatten, in die Entschlossenheit verwandelt, alle Ansammlungen und Aufmärsche zu unterdrücken. 50 Säle, die die Sozialdemokraten für den 1. Mai gemietet hatten, wurden geschlossen und starke Wachen aufgestellt, um den Zutritt zu verhindern.

In Wien, so berichtete die liberale „Neue Freie Presse“, stand das Militär in Bereitschaft. Die Häuser waren verschlossen. Lebensmittel waren aufgespeichert worden wie in Erwartung des Belagerungszustandes. Das Geschäftsleben kam zum Erliegen. Frauen und Kinder wagten nicht mehr auf den Straßen zu erscheinen, und eine drückende Besorgnis lastete auf dem ganzen Volke.

Der französische Innenminister Constans erklärte dem Korrespondenten der Londoner „Times“: „Paris wird in unseren Händen bleiben. Wir werden die Revolution zerstampfen, wo sie ihr Haupt zu zeigen wagt. Wir werden den Menschen, die die Arbeit entehren, indem sie sie zum Komplizen des Auftrahs machen, die gebührende Antwort erteilen.“

In Amsterdam wurde die Feiertage des 1. Mai verboten. In Budapest, Rom und Valencia verließen laut Zeitungsberichten viele Mitglieder der begüterten Schichten die Städte und nahmen ihre bewegliche Habe mit sich aus Furcht vor Plünderungen.

Als der 1. Mai wirklich kam, waren nirgendwo Zeichen des Auftrahs zu sehen.

Wo sie demonstrieren konnten, zogen die Arbeitermänner in muster-gültiger Disziplin, so wie es ihre Führer von ihnen verlangt hatten, durch die Straßen die blutrot schienen — von den wehenden Bannern der sozialen Gerechtigkeit. Nach den Reden gingen sie ruhig auseinander. Nur hier und da gab es kleinere Reibereien mit der Polizei.

Am 2. Mai war der Ton der europäischen Presse wesentlich nüchterner als in den vorausgehenden Tagen. Die „Times“ schrieb daß sich die allgemeine Besorgnis in ein Gefühl der Scham gewandelt habe.

Geschichte des internationalen Feiertags der Arbeit, daß nur eine zielbewußte und konsequente Politik uns zum Ziel führen kann. Hinter den Sorgen des Alltags steht außerdem heute stärker als jemals zuvor die Gewißheit, daß die großen Forderungen des 1. Mai Gegenwartsforderungen geworden sind, deren Erfüllung die Märkte von gestern verweigern aber nicht aufhalten können.

Erich Ollenbauer.

Die ersten Mai-Parolen

Der 1. Internationale Sozialistische Arbeiterkongreß 1889 in Paris beschloß:

„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des Internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.“

In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (Am. Federation of Labor) auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen. Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben sie in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.“

Der Mafei beschloß dieses Kongresses fordert neben dem achtstündigen Arbeitstag auch die Ausführung der übrigen Kongreßbeschlüsse. Diese betreffen die Abschaffung der stehenden Heere und die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung.

Der 2. Internationale Arbeiterkongreß 1891 in Brüssel laßte die Resolution: „Um den 1. Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter der Forderung des Achtstundentages und der Bekundung des Klassenkampfes zu wahren, beschließt der Kongreß:

Der 1. Mai ist ein gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen.“

Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.“

Der 3. Kongreß der neuen Internationale 1893 in Zürich erneuerte den Brüsseler Beschluß und beschloß folgenden Zusatz:

„Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten und von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird.“

Die Kundgebung des 1. Mai für den Achtstundentag soll zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die soziale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes wie zum internationalen Frieden führt.“

